HÄUSERK

WIR ALLE GEGEN SPD und Unternehmer



WAS DIE SPD SAGT ... UND WAS SIE MACHT:

Am 9. 1. 1973 will sich die SPD-Fraktion im Frankfurter Stadtparlament wieder einmal den Kopf darüber zerbrechen, wie die besetzten Häuser an der Bockenheimer Landstraße/Ecke Schumannstraße am günstigsten leerzubekommen sind. Wenn jetzt auch Bielefeld, der hessische Innenminister (FDP), anstelle von Arndt den Oberpolizisten spielt, so liegt die politische Verantwortung für die Räumung klar bei der SPD. Die von ihr bestimmte Wohnheim-GmbH wird die Vollstreckung beantragen und den Gerichtsvollzieher in Marsch setzen. Und wichtiger: Der künftige Bauherr Bubis und seine Kompagnons wurden, wie der Baudezernent Adrian vor kurzem der versammelten Lokalpresse offen erklärte, von der Stadt „geradezu gedrängt, ganze Häuserzeilen aufzukaufen". Es bestehe eine „moralische Verpflichtung, daß Bubis jetzt endlich bauen darf" – meinte Adrian. Was man verspricht, muß man auch halten. So moralisch ist die SPD ... jedenfalls für Spekulanten.

Wenn jemand etwas tun will und gleichzeitig dasselbe nicht tun will, dann sagt man, der ist verrückt. Wenn eine politische Partei die Wohnviertel einer von ihr regierten Stadt sanieren will, was heißt, daß dort statt Wohnhäuser „städtebauliche Akzente" – sprich Bürohochhäuser – hinkommen sollen, aber gleichzeitig will, daß kein Wohnraum zerstört wird, weil es eh viel zu wenig davon gibt, dann spinnt die auch. Oder sie will nur das eine, sagt aber das andere. Dann lügt sie. Das ist halt ihre Moral: Was man verspricht, muß man noch lange nicht halten. Jedenfalls für die Leute, die unter der Wohnungsnot leiden.

Die Stadt verspricht den Hausbesetzern, ernsthafte Angebote über Ersatzwohnungen zu machen. Sie will **öffentlich** mit uns darüber „diskutieren". Dann sollen sich plötzlich nur noch die „Härtefälle" beim Wohnungsamt melden: bis zum 19. 12.1973. Die Bewohner der vier Häuser betrachten sich alle als Härtefälle und wollen demonstrativ ihre Forderungen beim Wohnungsamt vortragen. Und die Stadt stellt 200 Spezialisten zur Begrüßung vor das Amt für die Behandlung von Härtefällen, erfahrene Beamte, die auch die härtesten Fälle weichklopfen, mit Tränengasbrillen, damit unsere Not ihnen nicht das Wasser in die Augen treibt. Soll noch jemand behaupten, die SPD wüßte soziale Probleme nicht zu lösen!

Die SPD verspricht: Unsere Stadt soll menschlicher werden. Wohngebiete sollen möglichst frei von Autolärm und Abgasen gehalten werden. Deshalb sperrt sie die Zeil, in der es fast nur Kauf- und Geschäftshäuser gibt, und leitet den Verkehr dieser vielbefahrenen Straße durch umliegende Wohngebiete. Die Bewohner der Bleichstraße, die davon betroffen werden, verstehen unter Menschlichkeit etwas anderes als die SPD; sie organisieren sich in einer Bürgerinitiative, protestieren, und als das alles nichts nützt, schreiten sie zur Tat, sperren die Straße für den Verkehr und feiern auf der Fahrbahn ein Fest. Die SPD schickt ihre Polizei hin, um das Mißverständnis aufzuklären. Auf ihre menschliche Art. Wem der Kopf von Knüppelschlägen brummt, der hört den Verkehrslärm bestimmt nicht mehr, und wer 'ne blutige Nase hat, riecht keine Abgase.

Die SPD verspricht: Für alle Kinder im Vorschulalter sollen Kindergartenplätze geschaffen werden. Und die Kinder sollen dort nicht nur in Verwahrung sein, sondern sie sollen auch gefördert werden, das Personal soll sich intensiv mit den Kindern beschäftigen können. Die Voraussetzungen wären: viele Räume, zahlreiche pädagogisch geschulte Kindergärtner und ein Konzept. Was passiert? Es werden zwar kurz vor den letzten Kommunalwahlen eine Reihe von neuen Kindertagesstätten (KITAs) in aller Hast gebaut, aber immer noch viel zu wenig. Nach den Wahlen geht's mit Neubauten nur noch schleppend. Es gibt zuwenig Personal – weil die Stadt kein Geld rausrückt, um neue Stellen zu schaffen. Das Personal ist überlastet und es kann sich nicht weiterbilden: keine Zeit, kein Geld, kein Konzept. Also Kinderdressur wie eh und je, denn wer kann eine Gruppe von 20 Kindern so betreuen, daß sich das einzelne Kind frei entwickeln kann? Daß garnichts anderes als Dressur auch weiterhin erwünscht ist, zeigt sich darin, daß Bezugspersonen, die sich allzusehr um die Interessen der Kinder kümmern und auch ihre eigenen Interessen – nämlich eine befriedigende Arbeit machen zu wollen – nicht vergessen, jetzt rausgeworfen werden sollen. So löst die SPD das Problem der Personalknappheit in den KITAs: Wer sich wehrt, fliegt raus. Was ihr wohl nicht so paßt: fast alle Bezugspersonen wehrten sich jetzt; sie streikten.

Das sind einige Beispiele dafür, was die SPD so **sagt** und was sie so **macht**. Es bleibt immer noch die Frage, was die SPD denn eigentlich **will**, was ihre Interessen sind. Die Frage ist falsch gestellt. Die Frage ist, was die SPD überhaupt so **wollen kann**. Welche nteressen stehen hinter ihr, die ihre Politik bestimmen? Man kann sich ja die aufgeführten Beispiele noch einmal betrachten. Wenn ein Sanierungsprojekt für das Westend angefangen wurde, dann nicht, weil die Wohnhäuser alt und Bürotürme schön und „städtebaulich interessant" wären, sondern weil die Banken, die Versicherungen, die Bauindu- →

Kommt alle zur Öffentlichen VERSAMMLUNG!

am Freitag, dem 11. 1. 1974
um 20°° im Volksbildungsheim

strie neue Profitmöglichkeiten suchen. Das Argument, mit dem sie die Stadt beim Wickel haben, ist ganz einfach: „Machen wir hier keine Profite, geht ihr als Stadt pleite." Konkret: Gewerbesteuer, Lohnsteuer und einige andere Steuern gingen der Stadt verloren. Also muß die SPD das Geschäft des Kapitals ankurbeln: sie zerstört unsere Stadt, um ihre Stadt zu erhalten. Daß das keine Stadt im Sinne der Leute werden kann, denen die Wohnungen abgerissen werden, ist logisch. Was mit den Steuern passiert, ist dann auch klar: die „Infrastruktur" (Verkehr, Energieversorgung, Wasserversorgung und -ableitung) wird verbessert. Wo? In den Geschäftszentren. Für wen? Na?

Das Geschäft mit der Stadtzerstörung machen nicht einige Würstchen von Spekulanten. Wo es insgesamt um Milliardenbeträge geht, sahnen nicht einzelne Figuren ab. Ein Knopffabrikant wie Preisler und ein Pelz- und Schmuckhändler wie Bubis verdienen nicht in einigen Jahren die Zigmillionen, um ganze Straßenzüge aufzukaufen. Hinter ihnen stehen die Millionenkredite aller Banken, auch der öffentlichen, wie z. B. der Hessischen Landesbank, die sich am Sonnenringprojekt verspekuliert hat, so daß ihr jetzt noch 20 Mill. DM Steuergelder in den Hals geworfen werden. Diese Bank will am Bubis-Bau verdienen – neben der Dresdner Bank, der Frankfurter Bodenkreditbank und anderen. Zweifel an den Interessen von Bielefeld?

Die Spekulation machen nicht die Spekulanten. Sie sind daran beteiligt; sie haben **auch** ein Interesse, uns aus den Häusern zu werfen, und deshalb sind sie auch unsere Feinde, deshalb bekämpfen wir sie, wie wir die SPD bekämpfen. Aber es ist gefährlich, die ganze Wut auf sie abzulassen. Viele Spekulanten sind Juden. Das hat uns den Vorwurf eingebracht, wir seien Antisemiten, wenn wir sie angreifen. Das hat es gleichzeitig vielen Leuten leichtfallen lassen, mit uns scheinbar die gleichen Meinungen zu haben. Das ist gefährlich. Wenn man gegen Spekulanten ist, weil sie Juden sind, dann hat man nicht viel begriffen. Dann hat man falsch begriffen, dann merkt man nicht, daß sie Buhmänner sind, die anderen die Drecksarbeit abnehmen und dafür an dem Buhmannspielen verdienen. Sie sind nur die Maske des Feindes, **der** Kapitalisten, die die großen Banken und Industrieunternehmen dirigieren. Macht ein Spekulant schlapp, so stört das nicht das Zerstörungsgeschäft.

Wir stoßen in allen Fällen, wo wir uns wehren, auf dieselben Feinde. Hinter der Zeilsperrung stehen die Kaufhauskonzerne, die ihren Umsatz erhöht haben (dazu die SPD: „Das Experiment hat sich bewährt!"). Das Beispiel der Kitas beweist, daß nur da Geld für Reformen ist, wo sie dem Kapital direkt und sicher nützen: für die Aufrüstung und Umorganisierung der Polizei, damit sie besser Streiks, Demonstrationen, Hausbesetzungen zerschlagen kann. Ob freier erzogene Kinder sich später leicht ausbeuten lassen, ist sehr fraglich: also wird das Kita-Projekt kaltgestellt. Im Augenblick sind Steuererleichterungen für die Wirtschaft an der Tagesordnung – also den Geldhahn für andere Sachen zu.

Schien sich die SPD, als sie an die Regierung kam, unserer Wünsche und Forderungen anzunehmen, um dann zu zeigen, daß es so schnell nicht geht, hat sie uns also zunächst **verwaltet**, aber nicht zufriedengestellt, so geht sie jetzt mehr dazu über, uns in Schach zu halten. Denn inzwischen haben viele nicht mehr abgewartet, bis sie vielleicht ein Almosen kriegen, sondern sie haben gekämpft. Sie haben in den Betrieben gestreikt, sie haben Aktionen in der Stadt gemacht, sie haben Häuser besetzt. Die Bewohner der besetzten Häuser sind sich darüber klargeworden, daß sie auch in Zukunft nur etwas erreichen können, wenn sie kämpfen. Wir glauben, daß auch andere Gruppen, die sich wehren, weiterkämpfen wollen. Wir wollen auf einer politischen Versammlung im Volksbildungsheim mit allen, die ähnliche Erfahrungen wie wir gemacht haben, darüber reden, wie wir den Kampf gemeinsam führen können. Wir wollen mit denen, die richtig finden, daß man sich wehrt, aber noch nicht aktiv geworden sind, weil sie zu vereinzelt waren, darüber reden, wie sie sich beteiligen können und worin wir sie unterstützen können. Die Vertreter der SPD – falls sie sich noch erinnern, jemals etwas über „Öffentlichkeit" gesagt zu haben, und falls sie sich in ihr noch blicken lassen wollen, sollen kommen. Unser Datum ist der 11. Januar 1974.



Zum Streik der Kita-Mitarbeiter

Die Kitas müssen wir mehr beachten

Die Arbeit im gesamten Sozialbereich erfordert die Aufhebung der organisatorischen Hierarchien zugunsten von Teamarbeit und stärkerer Eigenverantwortlichkeit. Deshalb verstehen wir unsere Forderung nach einer Sondergeschäftsanweisung nicht als eine isolierte für das Kita-Projekt, sondern auch als eine Voraussetzung für die Arbeit im gesamten Sozialbereich. Bei seiner Werbekampagne im August 1972 hat der Magistrat die Grundlagen unserer Arbeit in einer Anzeige selbst folgendermaßen formuliert: „Leiter und Geleitete – das ist keine gute Hierarchie in der modernen Pädagogik. Deshalb wollen wir nach und nach solche Unterschiede beseitigen. Das wird zuerst in den neuen Kindertagesstätten möglich sein . . ."

Die Kita-Mitarbeiter streikten am 19. und 20. Dezember 1973, da seit dem fast zweijährigen Bestehen des Kita-Projekts immer noch keine Einigung mit dem Magistrat über die Sondergeschäftsanweisung erzielt worden ist. Diese Sondergeschäftsanweisung beinhaltet die für die pädagogische Konzeption des Kita-Projekts notwendigen organisatorischen Voraussetzungen sowohl der pädagogischen als auch der theoretischen Arbeit. Das sind vor allem:

- Anerkennung der Teamarbeit
- Anerkennung des Kita-Rates als Entscheidungsgremium
- Mitbestimmung der Eltern
- Wissenschaftliche Begleitung
- Fortbildung und Supervision
- Anerkennung der Arbeitszeitregelung
- Erhöhung der Planstellen
- Gleiche Bezahlung aller Mitarbeiter nach BAT V b

Der Magistrat ist mittlerweile jedoch bemüht, die Kita-Konzeption, die als Wahlschlager der SPD vor zwei Jahren verkauft wurde, durch immer stärkere Kontrolle einzuschränken. Zum Beispiel wird in der letzten Sondergeschäftsanweisungs-Vorlage der Magistratsgruppe das Kooperationsgremium „Kita-Rat" überhaupt nicht mehr erwähnt. Ein weiterer Ausdruck der rechtlich ungesicherten Situation ist die Kündigung der vier Sossenheimer Mitarbeiter zum 31. 3. 1974, bei der der Magistrat über Teambeschlüsse hinweggegangen ist und einzelne zur Disziplinierung herausgegriffen hat.

Die Hinhaltetaktik des Magistrats und das Gerede von den „Sonderrechten" der Kitas soll zu einer Spaltung zwischen den Kitas und den Kindertagesstätten führen.

Überall ist der Magistrat bemüht, fortschrittliche soziale oder pädagogische Arbeit zu verhindern oder zu unterdrücken. Deshalb achtet er streng darauf, daß seine organisatorischen und arbeitsrechtlichen Kontrollmöglichkeiten nicht eingeschränkt werden. So finden sich markante Parallelen zur Personalpolitik in den Sozialstationen. Hier denkt der Magistrat, vertreten durch den Sozialdezernenten, seit Jahren nicht daran, die organisatorische Hierarchie zugunsten von Teamarbeit und stärkerer Eigenverantwortlichkeit der Sozialstation abzubauen.

Auch im herkömmlich strukturierten Kindertagesstättenbereich sind seit einiger Zeit Initiativen der Mitarbeiter für ein verändertes Organisationsmodell, das ihren Mitbestimmungsvorstellungen Rechnung tragen soll, im Gange.

Bei diesen Mitarbeitern handelt es sich noch um eine Minderheit, die dringend von allen im Sozialbereich Beschäftigten unterstützt werden muß, da damit zu rechnen ist, daß die Stadt auch hier ihre Sozialpolitik weiterverfolgen wird, die darauf abzielt, daß die jeweilig Betroffenen gerade nicht lernen sollen, sich selbst zu organisieren und ihre Interessen wahrzunehmen.

Sozialarbeiter und Pädagogen haben deshalb nur ein einziges Mittel, um sich gegen diese Politik des Magistrats zu wehren. Sie müssen die Forderungen im Interesse der von ihnen betreuten Menschen vortragen und organisiert für diese Forderungen kämpfen. Dieser Kampf darf nicht mit diesem Streik beendet sein, er wird nur erfolgreich, wenn er von den Eltern voll unterstützt wird. Darum werden die Kita-Mitarbeiter auf ihrer nächsten Vollversammlung Anfang Januar zusammen mit den Eltern weitere Aktionen beschließen.

Die Vollversammlung der Kita-Mitarbeiter vom 20. 12. 1973

Menschliche Stadt: Das Beispiel Bockenheim

„Acht Stunden Arbeit sind vorbei!
Es sieht ganz so aus, als wärst Du frei.
. . . Rück den Kies raus, Junge
und Du bist dabei!"
(Ton Steine Scherben)

Für die meisten von uns gehen aber nach der Arbeit die Probleme weiter. Uns kann keiner erzählen, daß die Krise erst kam, als das Öl knapp wurde; denn schon vorher stiegen die Preise für Lebensmittel und Mieten. Schon vorher gab es zu wenig und zu kleine Wohnungen; nicht genügend Kindergärten und gute Schulen. Schon vorher mußten die Jugendlichen auf die Straßen oder in teure Diskotheken gehen, weil es keine Jugendzentren gibt.

Doch in Bockenheim sollte alles anders werden! Das sagt die Stadt, nachdem die Zerstörung und Spekulation in Bockenheim schon soweit ist, daß eine Veränderung nur noch im Sinne derjenigen möglich ist, die dem Westend seine Skyline verpaßt haben, um dort ihre Profite zu machen. Die Stadt kann mir ihren Strukturplänen nur hinterherlaufen und in einzelnen Fällen Augenwischerei betreiben; bzw. das, was sich gegen die Interessen der Bevölkerung durchsetzt, als „soziale Neuerung" ausgeben. Durch die Perspektive Bockenheims, citynahes Wohngebiet zu werden, steigen die Bodenpreise. Sogar Betriebe schließen – wie Schanzenbach – nachdem sich herausstellte, daß die Spekulation mit diesem Gelände gewinnträchtiger ist als die Produktion. Aus demselben Grunde lassen Hausbesitzer ihre Häuser leerstehen oder Reparaturen nicht mehr ausführen, so daß die Häuser allmählich verslumen. Gleichzeitig steigen die Mieten. Die Folge davon: viele Bockenheimer Mieter müssen ausziehen.

In den Jahren 1961–1970 ging die Wohnbevölkerung von Bockenheim von 44 000 auf 38 000 zurück. Gleichzeitig nahm der Anteil von Rentnern, Studenten und ausländischen Arbeitern zu – typische Merkmale einer *Übergangsbevölkerung*. Wenn die Leute aber nicht mehr lange in Bockenheim wohnen, wozu brauchen sie dann noch Bürgerzentren, Jugendhäuser und Kindergärten? Eine Schulversorgung der ausländischen Kinder gibt es so gut wie garnicht. Die sog. Voruntersuchung – durchgeführt von der Nassauischen Heimstätte – soll nicht die „Sanierung" einleiten, sondern die Folgen der bereits begonnenen Stadtteilzerstörung auffangen. Das sieht so aus: Ein „Sozialplan" wird erstellt, einzelne Notfälle werden aufgegriffen und der Masse der betroffenen Arbeiter und kleinen Angestellten gegenübergestellt: als wären nur einzelne betroffen und nicht alle.

(Forts. S. 3)

Durch solche Sozialstaatsillusionen will die Stadt verhindern, daß wir uns zusammentun. Darum haben sich in einigen Stadtteilen Gruppen gebildet, die mit den Leuten aus ihrem Stadtteil gegen hohe Mieten, Stadtzerstörung und für soziale Einrichtungen kämpfen wollen, in denen wir gemeinsam bestimmen, was wir machen wollen. Wir haben einen gemeinsamen Feind, der uns im Betrieb und im Stadtteil ausbeutet und unsere Bedürfnisse unterdrückt: den Profit!

Dagegen kämpfen die Mieter der städtischen Wohnungsgesellschaften ABG und Hellerhof-AG. Sie wehren sich seit Januar 1973 gegen die geplanten drastischen Mieterhöhungen. Denn davon werden nicht längst fällige Reparaturen bezahlt und ausgeführt wie die Stadt angibt, sondern: mit den überhöhten Mieten werden Neubauwohnungen finanziert! (Nicht unbedingt Sozialwohnungen; das Bauprogramm der ABG bestand in den letzten Jahren zu 50 % aus Eigentumswohnungen!) Nach 25 Jahren Beschiß durch die Gesellschaften hatten die Mieter die Nase voll! Gemeinsam mit der Nordendgruppe und der Stadtteilgruppe Bockenheim organisierten sie Mieterversammlungen und wählten Mieterräte.

Dagegen kämpfen die Familien in der Robert-Meyer-Straße, in der Gräfstraße und in der Voltastraße (natürlich auch in anderen Stadtteilen). Sie haben sich gegen das gemeinsam und öffentlich gewehrt, worunter viele in Bockenheim zu leiden haben: Wuchermieten, vergammelte Häuser, Terror von Hausbesitzern.

Gegen die Profitgier von Herrn Duby Orgeler kämpfen die italienischen Arbeiterfamilien, die das leere Haus in der Friesengasse 5–7 am 31. 8. 1973 besetzten. Sie wohnten vorher in der Bettinastraße 35 unter unmenschlichen Bedingungen. Sie haben gut erhaltenen Wohnraum besetzt, der zugunsten eines zehnstöckigen Hochhauses abgerissen werden soll.

Aber gerade am Fall der Friesengasse haben wir gesehen, daß es nicht genügt, wenn Stadtteilgruppen gemeinsam mit den Arbeiterfamilien Forderungen diskutieren – es fehlte die Unterstützung von anderen Gruppen, der Nachbarn, der anderen Mieter, denen es vielleicht ähnlich geht. So konnte die Polizei in einem brutalen Einsatz neun von zehn Familien wieder auf die Straße setzen. Die letzte Familie aber geht nicht eher heraus, bis sie eine anständige Sozialwohnung hat.

Wir haben in Bockenheim erfahren, daß die beschissene Lage im Wohnungsbereich (hohe Mieten, Preise usw.) eine gemeinsame Ursache haben. Jeder glaubt, wenn er in die Nordweststadt ziehen muß, sei das sein Schicksal; er weiß oft nichts davon, daß in den letzten Jahren und auch jetzt noch tausende an den Rand der Stadt ziehen *müssen*. Oft sieht man natürlich auch keine konkrete Möglichkeit, sich mit anderen dagegen zu wehren. Aber langsam schließen sich in der ganzen Stadt und auch in anderen Städten Arbeiter im Betrieb, Mieter, Frauen und Jugendliche zusammen. Diese einzelnen Kämpfe und Initiativen werden nur dann längerfristig erfolgreich sein, wenn wir nicht nur gegen Personen und Institutionen kämpfen. Es gilt, gemeinsam im Betrieb und im Stadtteil gegen das zu kämpfen, was die Bonzen verbindet: den Zwang, „ihr" Kapital und damit ihre Macht zu vergrößern.

Stadtteilgruppe Bockenheim

DIE AUSLÄNDER UND WIR

Großstädte wie Frankfurt werden immer mehr von der Kultur und Lebensweise ausländischer Kollegen und ihrer Familien geprägt. In ganzen Straßenzügen spricht man mehr türkisch oder jugoslawisch als frankfurterisch. Die Emigranten, die in der BRD arbeiten, sind weder Gäste noch Arbeiter zweiter Klasse, sondern sie sind ein Teil der Arbeiterschaft, die tagtäglich an den Bändern und Maschinen von den Kapitalisten ausgebeutet werden. In Zeiten krisenhafter Anspannung, wie wir sie jetzt erleben, werden die tollsten Krisenprogramme entwickelt: „Ausländer raus, um unsere Arbeitsplätze zu sichern!" Ausländereinwanderungsstop und eine von der Bildzeitung gut geführte Propaganda unterstützen diese Argumente. Doch erinnern wir uns an die Krise 1966/67. Zwar wurden auch Ausländer entlassen, aber genauso deutsche Frauen, ältere Kollegen, sog. Krankmacher und Faulpelze. Mit diesen Ausdrücken soll verschleiert werden, daß außer Ausländern genauso deutsche Arbeiter entlassen wurden. Die Kapitalisten unterscheiden nicht zwischen der Hautfarbe, sondern benutzen den Rassismus, um die Krise auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten zu meistern. Es geht also nicht darum, daß wir sagen: „Die armen Ausländer".

In ihren Heimatländern sind sie arbeitslos, hier werden sie in den niedrigen Lohngruppen und schlechten Arbeitsbedingungen gehalten, werden andauernd von deutschen Vorarbeitern angebrüllt und angetrieben. Außerhalb der Fabrik werden ihnen Wuchermieten abgenommen und wenn alle, die Kapitalisten, die Hausbesitzer, sich gesundgestoßen haben, sollen sie zurückgejagt werden.

Nein. Was mit den Emigranten geschieht, betrifft alle viel direkter. Wenn die Ausländer gehen, gehen mit ihnen viele, die geglaubt haben, sie hätten als Deutsche einen sicheren Arbeitsplatz. Um dies zu verhindern, müssen wir aus anderen Erfahrungen lernen: Seit Jahren kämpfen in Frankfurt ausländische Familien gegen die Bodenspekulation, indem sie Mietstreik machen, in der ganzen Bundesrepublik haben im letzten Herbst hunderttausende von Arbeitern (deutsche und ausländische Kollegen) gemeinsam für eine Teuerungszulage gekämpft. In der nächsten Tarifrunde werden alle Metallarbeiter nur gemeinsam ihren Lohn verteidigen können. Wenn jetzt Arbeitsverträge nur für drei Monate verlängert werden (wenn überhaupt), wenn jetzt durch den Rassismus unter den Emigranten eine Panikstimmung erzeugt wird, dann ist eines sicher: die Zeche werden alle bezahlen. Mieten werden für alle steigen, Verkehrstarife werden für alle teurer, die Lohnerhöhungen werden für alle niedrig sein, der Arbeitsplatz wird für alle unsicher und schließlich wird das Arbeitstempo für alle gesteigert werden.

Eine in Deutsche und Ausländer gespaltene Arbeiterschaft ist eine schwache Arbeiterschaft. Die Emigranten haben gezeigt, daß man sich gegen viele Dinge wehren kann. In Zeiten der Krise können sie nicht allein kämpfen. Umgekehrt: ohne die Ausländer wird es den Unternehmern gelingen, die Krise voll auf uns abzuwälzen.

Unabhängige Presse oder: Polizeiberichterstattung

Die Frankfurter Zeitungen begannen im neuen Jahr gleich wieder üble Geschichten über die Hausbesetzer zu verbreiten. Sie „berichteten", daß vor den Häusern Schumannstr. 69, 71 und Bockenheimer Landstr. 111, 113 von den Hausbesetzern Autos gestoppt wurden, Passanten geschlagen und ausgeraubt wurden. Damit halten sie sich wieder einmal nur an den Polizeibericht und kümmern sich nicht darum, was wirklich passiert ist: tatsächlich wurden zwei Autofahrer bzw. ihre Autos etwas unsanft behandelt, aber erst **nachdem** sie aggressiv und wütend in die vor den Häusern feiernden Leute hineingefahren waren und dabei mehrere Personen leicht verletzt hatten! Die Zeitungen benutzten die Gelegenheit, die Leute, die zum Sylvesterfest des Blocks gekommen waren, wüst zu beschimpfen – als „Meute", „gewalttätiger Pöbel" und „entfesselter Mob" (FAZ).

Aber damit sind sie schon einmal hereingefallen: nämlich als sie erzählten, daß die Genossen, die den Kettenhofweg 51 verteidigen wollten, einem Bäcker die Brötchen geraubt hätten – doch die Brötchen waren gekauft und der Bäcker selbst wußte auch nichts von einem Raubüberfall . . . tja, wenn Frankfurts Polizei informiert . . .

WAS IST NUN EIGENTLICH MIT DER KRISE LOS:

Was uns die Herrschenden so alles erzählen:

Am Anfang sagten sie, daß überhaupt keine Gefahr bestehe und man die **vorübergehende Ölknappheit** durch ein bißchen Energiesparen überwinden könne . . .

Dann sprachen sie von einer **Ölkrise**, sagten, freiwilliges Sparen sei nicht genug, und zwangen der Bevölkerung Sparmaßnahmen auf . . .

Und plötzlich war es nicht mehr nur eine Ölkrise, sondern zusätzlich noch ein **allgemeiner konjunktureller Abschwung**. Das hörte sich auch schon fast so an wie „Rezession" oder „Krise" oder so – aber: Angst vor Arbeitslosigkeit brauche man nicht zu haben, versicherte der Kanzler persönlich: „Nicht jeder wird **seinen** Arbeitsplatz behalten können . . . aber jeder **einen**!"

Tja, und jetzt ist es schließlich doch keine Ölkrise, erst recht keine vorübergehende Ölverknappung und auch nicht nur ein konjunktureller Abschwung, sondern eine **Krise**, von der schon angedeutet wird, daß sie schlimmer sein wird als die von 1966/67. Es gibt bereits offizielle Prognosen, die für 1974 eine Arbeitslosenzahl von über einer Million vorhersagen (Bundesanstalt für Arbeit).

Das was die Regierenden uns innerhalb der letzten zwei drei Monate alles erzählt haben, hat sich also ganz schön gewandelt – wie kommt das? Haben sie uns absichtlich belogen? Haben sie sich nicht getraut, gleich die ganze Wahrheit zu sagen? Oder: Wußten sie vielleicht selbst nicht so recht, wie sich so alles entwickeln würde? Und das trotz der riesigen Ministerien, Sachverständigenräte, Wirtschaftsinstitute und dem ganzen Kram?

Ohne behaupten zu wollen, daß die Regierung immer die Wahrheit sagt, ist es diesmal offenbar doch so, daß sie wirklich nicht wußten, was los ist – denn die großen Ölkonzerne haben die Informationen über die tatsächlichen Öllieferungen natürlich nicht rausgerückt, weil sie sonst nicht so gut hätten spekulieren können! Es stellt sich also die Frage, ob die „Regierung" tatsächlich regiert oder von den großen Konzernen regiert wird! Sie selbst würden sicher sagen, daß die Frage falsch gestellt ist, denn: **„Wir sitzen doch alle in einem Boot!"** und **„Die Krise trifft uns alle!"**

Nur: die Maßnahmen, sie zu überwinden, treffen uns sehr unterschiedlich!!! Die arbeitende Bevölkerung muß sparen, sich einschränken und härter arbeiten (oder arbeitslos werden), während die Unternehmer die Krise für ihre Zwecke benutzen und es so schaffen, noch kräftig daraus zu profitieren. Und die Regierung unterstützt sie dabei nach



Kräften durch Investitionssteueraufhebung, Kapitalspritzen und vor allem immer wieder durch die harten Polizeieinsätze gegen Streiks und Demonstrationen. . . . Von wegen „. . . alle in einem Boot!"

Was ist nun eigentlich los mit der Krise?

Ist es nur eine Energiekrise? Sind also nur die habgierigen oder böswilligen Araber schuld? Oder die großen Ölkonzerne, die das Öl nun zurückhalten, um die Preise in die Höhe zu treiben? Ist die Ölkrise nur eine Erfindung, um von der wirklichen Ursache abzulenken? Brauchen wir das Öl der Araber überhaupt? Ist es eine Krise der Wirtschaft? **Unserer** Wirtschaft? Eine Bedrohung für alle? Eine Katastrophe?

Also folgendes ist auf jeden Fall mal klar:

1. Es gibt tatsächlich sowas wie eine **Energiekrise**, weil die Herrschenden in den arabischen Staaten das Erdöl in Zukunft nicht mehr so üppig und so billig sprudeln lassen werden – für die BRD bedeutet das, daß die Ölimporte teurer werden und nicht der erwarteten und schon eingeplanten Menge entsprechen werden.

   Eines ist aber hierbei noch ganz interessant und wichtig: Es ist nämlich falsch zu sagen, **die** Araber haben das Öl und erpressen uns damit, sondern es sind tatsächlich nur die Machthaber, die über das Öl verfügen und durch die Preiserhöhungen und Lieferbeschränkungen vor allem eine Industrialisierung ihrer Länder erzwingen wollen, um dadurch auch langfristig (d. h. auch dann, wenn die Erdölvorkommen mal knapp werden) eine Einkommensquelle zu haben. Dabei ist ganz klar, daß sie diese Industrialisierung dazu benutzen werden, die Bevölkerung auszubeuten und zu unterdrücken – wenn sich die Bevölkerung nicht dagegen wehrt! Der letzte israelisch-arabische Krieg war nur Anlaß, das Öl als politische Waffe einzusetzen, aber nicht der wirkliche Grund!

   Es sind also auch in den arabischen Staaten nur wenige, die über das Erdöl verfügen und davon profitieren, während auch dort die Bevölkerung arm ist, ausgebeutet und unterdrückt wird. . . . Vorsicht also, wenn man sagt: „**die Araber!**"

2. Diese Verteuerung und die Lieferbeschränkungen für das Erdöl wirken sich in der BRD deshalb als Energiekrise aus, weil **die Unternehmer** die Wirtschaft durch ihr kurzsichtiges *Drauflloswirtschaften (ihr Ziel dabei: möglichst viel Profit in möglichst kurzer Zeit)* in einem ungeheuren Ausmaß vom Erdöl als Energieträger abhängig gemacht haben. **Die Unternehmer** haben – insbesondere in den 60er Jahren, als es besonders viel, d. h. billiges Öl gab – fast die ganze Energieproduktion auf Erdöl abgestellt und aus dem Rohstoff Öl viele kurzlebige Waren hergestellt (Wegwerfprodukte) und dabei über 500 000 Bergbauarbeiter arbeitslos gemacht und nicht an die Zukunft gedacht! Und jetzt erhalten sie die Quittung dafür und wollen sie durch die arbeitende Bevölkerung bezahlen lassen . . . aber: **ES IST IHRE SCHULD, ES IST IHRE KRISE – ALSO SOLLEN DIE UNTERNEHMER IHRE KRISE AUCH SELBST BEZAHLEN!!!**

3. Und noch etwas ist klar – etwas was die Unternehmer und die Regierung nur sehr ungern zugeben würden! Nämlich die Tatsache, daß es auch ohne Energiekrise zu mehr als nur einem konjunkturellen Abschwung gekommen wäre – zu einer Krise, die durch das dauernde Immer-mehr-und-immer-mehr-Produzieren verursacht worden ist. Im Interesse ihrer Profite haben sie die Produktion permanent gesteigert, ohne Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeiter, ohne Rücksicht auf die Lebensdauer der Waren (je schneller sie kaputtgingen, desto besser – desto eher mußten neue gekauft werden) und ohne Rücksicht darauf, ob ihr Kram auch in Zukunft noch gebraucht werden würde. Als dann durch die ständigen Preissteigerungen die Inflation kam und die Leute immer weniger bereit waren, den kurzlebigen Ramsch zu kaufen, sank natürlich die Nachfrage sehr stark. Und so kommt's dann halt wieder mal zu einer Krise, zu einer sog. ÜBERPRODUKTIONSKRISE!

Verantwortlich für diese Zeitung:
Häuserrat, Revolutionärer Kampf, AStA, Stadtteilgruppen.
KONTAKT: Tel. 75 14 51.

Druck:
Politladen GmbH, Gaiganz

Die Zeitung kostet uns 3 503,60 DM. Die müssen bezahlt werden. Spendet auf unser Konto:
W. Hamann – Sonderkonto – Postscheckkonto Ffm. 351294-606

Die Lösung der Unternehmer:

Natürlich wird diese Überproduktionskrise durch die Verteuerung und relative Knappheit des Öls erheblich verstärkt – aber die Ölkrise ist keinesfalls die einzige oder die wesentliche Ursache der Krise, wie es uns die Herrschenden weismachen wollen, **um ihre Fehler zu verschleiern!** Und sie müssen ihre Fehler verschleiern, denn sie haben Angst davor, daß die Bevölkerung ihre Machenschaften durchschaut. Denn schon die zahlreichen und erfolgreichen Streiks für Teuerungszulagen im letzten Jahr hatten gezeigt, daß die Arbeiter nicht mehr bereit waren, die Inflation zu bezahlen. Mit der Ölkrise als Vorwand sahen sie die Chance, ihr Programm zu einer **profitablen** Nutzung der Krise durchzuziehen: **Die Profite müssen weiter steigen, sollen die Arbeiter die Krise bezahlen!!** Welche Kampfmittel setzen die Unternehmer dazu gegen die arbeitende Bevölkerung ein?

1. Die „Solidarität"

Die Unternehmer sagen: Die bösen Ölscheichs haben uns allen die Ölkrise beschert, sie brach wie eine Naturkatastrophe herein und trifft uns alle – Unternehmer und arbeitende Massen – alle in einem Boot: jetzt müssen wir alle zusammenrücken, den Gürtel enger schnallen, ranklotzen – damit



das Boot wieder flott wird. Willy Brandt sagte: „Die Krise ist eine gute Erprobung des Gemeinschaftsgeistes." Er meint damit denselben „Gemeinschaftsgeist" wie den nach 1945: die Arbeiter bauten damals **für** die Unternehmer (und keineswegs **mit** den Unternehmern) die Fabriken wieder auf, in denen sie dann von ihnen ausgebeutet wurden. „Gemeinschaftsgeist": damit wollen die Unternehmer uns vormachen, ihre Probleme wären auch unsere Probleme. Wir denken aber gar nicht daran, den Unternehmern aus **ihrer** Krise heraus zu neuen Profiten zu verhelfen. Die Solidarität mit den Unternehmern gibt es nicht – es gibt nur die Solidarität der arbeitenden Massen **gegen** die Unternehmer!

2. Die Angst – Ein Produktionsmittel der Unternehmer!

Um die Kosten der Krise voll auf die arbeitenden Massen abwälzen zu können, braucht man eine geduldige, eine gefügige Bevölkerung. Und das ist heute nicht mehr so einfach – die Streiks des letzten Jahres haben das gezeigt. So greifen die Unternehmer (und mit ihnen Regierung und der größte Teil der Presse) zu ihrem zweiten Kampfmittel: der systematischen Erzeugung von Angst, Hysterie und Unsicherheit. Die Krise ist eine wirkliche Krise – die Unternehmer aber lassen keine Gelegenheit aus, sie so bedrohlich wie möglich darzustellen. Die Angst vor der Weltwirtschaftskrise 1928/29 wird geschürt, die Not- und Mangelsituation nach dem Zweiten Weltkrieg wird beschworen, drohend wird vom Ende der „Konsumgesellschaft" geredet, „Ölmangel!" wird geschrien, wenn vor Rotterdam noch mehr Öltanker liegen als in der Vergangenheit üblich. Die Unternehmer können diese Angst gut gebrauchen: in der Angst ist sich jeder selbst der Nächste, jeder kämpft nur für sich, jeder kämpft gegen jeden, jeder ist allein und isoliert – genau wie die Unternehmer die Leute brauchen!

3. Fahrverbot und private Sparmaßnahmen

Inzwischen weiß fast jeder: die Energieeinsparung durch Fahrverbot und Sparmaßnahmen der privaten Haushalte ist minimal. Trotzdem haben beide Maßnahmen einen guten Sinn für die Unternehmer. Sie heizen die Krisenstimmung und damit die Angst an. Und sie sind Notstandsmaßnahmen: Regierung und Unternehmer testen, wieviel sich die Bevölkerung gefallen läßt, wieweit man mit dem Eingriff in den privaten Konsum und die Lebensweise der arbeitenden Bevölkerung gehen kann. Motto: Wer sich die Jacke nehmen läßt, dem kann man auch das Hemd nehmen!



4. Die Massen sollen die Zeche bezahlen: Weniger Konsum!

Angstmache und Appelle an die „Solidarität" mit den Unternehmern sollen das Klima bereiten, in dem die Unternehmer ihre materiellen Maßnahmen durchziehen wollen. Die Unternehmer wollen die Verteuerung des Rohöls an die Massen weitergeben: eine allgemeine Inflation, wie sie bisher nicht zu ahnen war, wird die Folge sein. Für die arbeitende Bevölkerung bedeutet das: immer stärkere Einschränkung des privaten Verbrauchs auf das unmittelbar lebensnotwendige, Ende des „Luxus" und der kleinen Vergnügungen: kein neues Auto, kein Farbfernseher, kein Urlaub! Die Leute sollen froh sein, wenn sie genügend Kartoffeln zu fressen haben!

5. Der Kampf der Unternehmer in den Fabriken

Die arbeitende Bevölkerung hat von keiner Seite her Hilfe, sondern nur Lohn- und Gehaltsstop und Inflation zu erwarten. Anders die Unternehmer: bereitwillig greift ihnen die Bundesregierung unter die Arme. Erst wurden (am 19. Dezember 1973) die „Konjunkturbremsen" gelockert. Das heißt:

- die Unternehmer müssen jetzt nicht mehr die 11%ige Investitionssteuer zahlen;
- der Paragraph 7 b wird abgeschafft – das bedeutet: Staatshilfe für die Bauunternehmer;
- die degressive Abschreibungsmöglichkeit für Maschinen wird wieder eingeführt.

Obendrein plant die Bundesregierung einen Investitionshaushalt von 4,5 Milliarden DM – damit die Unternehmer aus der selbstverschuldeten Krise wieder rauskommen.

Wie werden die Unternehmer die Krise nutzen?

Es ist wie bei jeder Krise: die Unternehmer versuchen, die Kosten der Krise auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen, und benutzen die Krise zur Steigerung ihrer Profite. In der Krise wird die Planlosigkeit des kapitalistischen Systems sichtbar: so wurden z. B. jahrelang auf Teufel komm raus Autos und noch mehr Autos gebaut – nicht gute und haltbare, sondern viele und schlechte. Jetzt macht die Krise deutlich, daß es mit dieser Überproduktion nicht weitergeht. Die Antwort der Unternehmer: Umstrukturierung der Industrie, weg von der sog. „Luxus"- und Freizeitindustrie, Rationalisierung und verschärfte Ausbeutung. Das Ergebnis: die Profite stimmen wieder und steigen – und die Massen haben die Rechnung auf der ganzen Linie zu bezahlen: weniger „Luxus"- und Freizeitgüter zu höheren Preisen, weniger Lohn und Gehalt, Arbeitslosigkeit und Arbeitshetze in den Fabriken.

Die Unternehmer „reinigen" ihre Fabriken: es gibt Kurzarbeit (Ende November: 105 000) und Arbeitslose (Ende November: 332 000, Ende Dezember waren es schon 450 000), die Zahlen werden weiter steigen. Zuerst fliegen die, die's Maul aufgemacht haben, die sich gewehrt haben. Wer übrig



bleibt, hat Angst um seinen Arbeitsplatz, ist gefügig – gutes „Menschenmaterial" für die anstehende Rationalisierungswelle: mehr Leistung pro Arbeitskraft. Ganz offen kalkulieren die Unternehmer schon damit, daß die Arbeitsplatzkonkurrenz die Arbeitsleistung des einzelnen in die Höhe treiben wird. So sagt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): „Das zunehmende Beschäftigungsrisiko für die Arbeitnehmer wird zur Folge haben, daß sich die rasche Zunahme der Produktionsleistung je Beschäftigtenstunde noch erhöht" (Handelsblatt, 13. 12. 1973). Und ganz offen wird damit gerechnet, daß die Arbeiter sich selbst gegenseitig aus der Fabrik wegkonkurrieren; so schreibt der „Spiegel" über die Schätzung des Bundesarbeitsministerium, es könnte über eine Million Arbeitslose geben: „Die Millionen-Rechnung basiert auf der Annahme, daß die Arbeitnehmer sich durch vermehrte Arbeitsleistung gegenseitig den Arbeitsplatz streitig machen werden" (17. 12. 1973) – und damit die Lohnkosten der Unternehmer senken. Mit anderen Worten: wer sich jetzt am Riemen reißt und ranklotzt, der reißt nicht sich selbst und die Wirtschaft aus dem Dreck raus, sondern verhilft – auf Kosten seiner Kollegen und seiner selbst – allein den Unternehmern zu neuen Profiten. Solidarität heißt deswegen heute: Nicht mehr, sondern weniger arbeiten!

Die kommenden Tarifrunden – die ersten Machtproben?

Eine Unbekannte gibt es freilich in diesem Planspiel der Unternehmer: die arbeitende Bevölkerung: wird sie mitmachen oder nicht? Wird sie sich spalten und einschüchtern lassen oder nicht? Hier haben nun auf einmal Unternehmer und Regierung Angst. Brandt und seine Minister werden nicht müde, vor „überhöhten Lohnforderungen" zu warnen. Und Hanns-Martin Schleyer, alter SS-Mann und neuer Präsident der „Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeber" warnt vor hohen Lohnforderungen, „weil sie unser Land im Falle ihrer Verwirklichung in eine wirtschaftliche und soziale Krise stürzen müßten" (Süddeutsche Zeitung, 24.12.73)

Wovor haben diese Herren Angst?

Die Tarifverhandlungen letzten Jahres standen im Zeichen kommender Preissteigerungen – hohe Forderungen und harte Kämpfe waren nötig. Was kam: der große und „stabilitätsbewußte" Beschiß. Die Herren aber hatten sich verrechnet; diese Tarifrunde ging überhaupt nicht mehr zu Ende, die Arbeiter holten sich auf eigene Faust zurück, was ihnen genommen worden war. Das ganze Jahr über gab es „wilde" und erfolgreiche Streiks



für Teuerungszulagen. Die Massen sehen nicht mehr ein, warum sie für alles immer den Kopf hinhalten sollen. Und wenn sie damals keinen Grund gesehen haben, den Unternehmern die Inflation zu bezahlen – warum sollten sie jetzt einen Grund sehen, den Unternehmern die Krise zu bezahlen? Niedrige Tarifabschlüsse sichern nicht die Stabilität unserer Lebensbedingungen, sondern nur die Stabilität der Profite. Und so wurde auch diesmal gefordert: z. B. 300 DM linear von den Mannesmann-Arbeitern in Duisburg-Huckingen. Oder in Frankfurt:

Forderungen der Betriebe:

- 17 % Lohnerhöhung bei Teves, Braun, Adler und T & N
- 20 % bei Hartmann und Braun
- mind. 20 % bei Klimsch & Co.
- 1,60 pro Stunde für Arbeiter, 230 DM für Angestellte bei AEG.

Die kommenden Tarifrunden im Öffentlichen Dienst und der Metallindustrie werden zeigen, daß die Angst der Unternehmer vor dem Kampfbewußtsein der arbeitenden Bevölkerung berechtigt ist, daß ihre Rechnung nicht so glatt aufgehen wird, wie sie sich das gedacht hatten.

UNSERE ANGST NÜTZT DEN UNTERNEHMERN – MACHEN WIR DEN UNTERNEHMERN ANGST!

Die Unternehmer haben die Krise produziert – sie sollen sie auch bezahlen!